

Ehrung bürgerschaftliches Engagement

Bei der Winterfeier des SPD-Ortsvereins wurde die Arbeit dreier Personen, die sich in der Gemeinde und darüber hinaus Verdienste erarbeitet haben, mit einer besonderen Ehrung für bürgerschaftliches Engagement gewürdigt. Durch ihre Arbeit in der Arbeiterwohlfahrt, Seniorennachmittagen, Theaterabenden, Gemeinde, Sportverein, Schifferverein und in Kinderinstitutionen trugen Erika Göbel, Eva Schwab und Sylvia Zimmermann zum Wohl der Gemeinschaft bei. „Alle drei Frauen haben das klassische sozialdemokratische Helfer-syndrom und haben die große Begabung, Helferinnen und Helfer für die gute Sache mitzunehmen“ ergänzt Karlheinz Graner. Ihr soziales Engagement wurde, neben Blumen und großem Dank, mit einer Fahrt nach Straßburg mit dem Europaabgeordneten Peter Simon gewürdigt.



Winterfeier der SPD Haßmersheim

Der Dank an die Unterstützer und Helfer der SPD-Hassmersheim stand ganz im Vordergrund der diesjährigen Winterfeier. Zur Ehrungsfeier des Ortsvereins konnte der Vorsitzende Karlheinz Graner über 70 Gäste begrüßen. Besonders den Landtagsabgeordneten Georg Nelius, den Ehrenvorsitzenden Winfried Göbel und das Ehrenmitglied Alfred Leuthner, Kreisrätin Annemarie Frey, den Kreisvorsitzenden Jürgen Graner und seine Stellvertreterin Gaby Teichmann sowie Hans Winner SPD-Vorsitzender aus Hüffenhardt.

In Karlheinz Graners Auszug aus der Haushaltsrede lobte er dass „wir in den vergangenen Jahren viel Geld in unsere Kindereinrichtungen gesteckt haben“. Er musste aber kritisieren, dass „wir nur über die Presse erfahren, dass unser Schulmodell weitergeführt werden kann, zumindest bis zu dem Landtagswahl, was uns natürlich freut“ während man „vom Regierungspräsidenten keine Genehmigung für die Weiterführung der Werkrealschule zu erwarten hätte“. Leider kann der Radweg „der rechtzeitig planfestgestellt war und auf der Prioritätenliste des NOK auf Nummer Eins ist“, noch immer nicht gebaut werden. „Im Bauland um Adelsheim wird hingegen ganz anders verfahren, wer dort wohnt wisse man ja genau“, so Graner. Da es auch laut Grundgesetz Aufgabe der Parteien ist, bei der politischen Aufklärung mitzuwirken, so der Vorsitzende weiter, werde es ab 2011 eine Ortsvereinszeitung geben. Die unter Leitung von Eric Göröltzer bald veröffentlichte Zeitung „Der Rote Lotse“ wird unter anderem die gesamte Haushaltsrede enthalten.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, forderte Mdl. Georg Nelius. Ebenso mahnt er an: „In einem rohstoffarmen Land müsse Bildung die Nummer 1 sein, das begreift mittlerweile auch die CDU“. Aber an der Situation ändere sich nichts! „Deshalb wird es Zeit für einen echten Regierungswechsel!“, so Nelius. Im Anschluss folgte die Ehrung der verdienten Mitglieder: Für 10 Jahre: Marco Bauhardt, Achim Küller und Hildegard Raudenbusch. Für 15 Jahre: Michael Raudenbusch. Für 20 Jahre: Erika Göbel und Peter Willems. Für 25 Jahre: Ludwig Bauhardt, Gerd Förtschle und Karl-Heinz Heck. Für 35 Jahre: Annemarie Frey und Werner Kubach. Für 40 Jahre: Silke Raudenbusch und Gisela Winnerl und für 50 Jahre: Alfred Leuthner. Ebenso freuten sich die Genossen ihr jüngstes Mitglied René Tackenberg mit der Übergabe des Parteibuches, begrüßen zu dürfen. Der Abend klang mit dem Bildervortrag über die vergangene Reise mit MdB Josip Juratovic nach Kroatien aus.

Eine Herausforderung - nicht nur die der Jugend

„Fast Hunderte Ausbildungswege zum Lehrer, Tausende verschiedener Lehrpläne und miserable Ergebnisse im internationalen Vergleich“, Der Spiegel 27/2010.

Es ist nicht neu, dass wir vor dem Problem immer schlechter werdender Bildung stehen, auch in Baden-Württemberg. Aber was bedeuten diese Herausforderungen für uns. Oftmals wird bei dem Diskurs vergessen, dass wir Jugendlichen, die gebildet werden sollen, der Verpflichtung des Generationenvertrages gerecht werden müssen.

Wir haben die Aufgabe, Ihnen ihren Lebensabend so angenehm wie möglich zu gestalten, im Gegenzug soll uns die Ausbildung finanziert werden. Doch versagt dies auf ganzer Linie. Die Zukunft der Werkrealschule - neuen Typs - in Haßmersheim steht außer Sicht, Ausbildungsplätze sind für Realschüler, auch die der RS Obrigheim, immer seltener. Nur eins ist wohl noch sicher, das Auguste-Pattberg-Gymnasium, doch dessen Absolventen, wenn sie G8 überstanden haben, sehen sich spätestens nach dem Studium mit den Folgen der „Generation Praktikum“ konfrontiert. Wie also sollen wir Ihrer und auch unserer eigenen Altersvorsorge noch gerecht werden? Dieser Frage werden wir uns in der nächsten Ausgabe stellen. Wir kämpfen jedenfalls für gleiche Bildungschancen unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel. Eins ist aber auch sicher, die Weichen der Bildungspolitik werden im Landtag gestellt und diesen wählen wir alle am 27. März 2011.

Eric Göröltzer, Jusos Haßmersheim



Meckerecke - Ihre Meinung zählt

Wir wollen Ihre Meinung hören - Egal ob zu Kommunal-, Kreis-, Landes- oder Bundespolitik.
Jede Meinung zählt: ob 14. oder 82., ob Mann oder Frau, mit oder ohne Staatsbürgerschaft

zurück an:
Karlheinz Graner
Hildastraße 31
74855 Hassmersheim
Karlheinz-Graner@web.de

Impressum und Kontakt vor Ort

v.i.s.d.p | SPD vor Ort
Karlheinz Graner
Hildastraße 31
74855 Hassmersheim
Tel.: 06266 1295
eMail: Karlheinz-Graner@web.de



Jusos vor Ort
Eric Göröltzer
Am Mühlrain 3
74855 Hochhausen
Tel.: 06261 17293
eMail: jusos@esa-goerlitzer.de

SPD im NOK
Geschäftsstelle
Kesslergasse 6
74821 Mosbach
Tel.: 06261 5741 (vormittags)
eMail: kv.neckar-odenwald@spd.de

SPD-Landtagsabgeordneter
Georg Nelius Mdl
Kesslergasse 6
74821 Mosbach
Tel.: 06261 914917
eMail: kontakt@georg-nelius.de

Sozialdemokraten im Netz
www.spd-hassmersheim.de
www.spd-nok.de
www.jusos-nok.de
www.georg-nelius.dewww.lothar-binding.de



Ein Wahlplakat der SPD von 1928 dient als Vorlage für unser Cover: Wie man sieht, sind wir schon immer der Schiffahrt verbunden.

DER ROTE LOTSE

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT

SPD

SPD Hassmersheim

Warum „Der Rote Lotse“? | Gastbeitrag von Mdl. Georg Nelius zu den Themen: G8, Werkrealschule neuen Typs und dem Radweg zwischen Hassmersheim und Neckarmühlbach | Ehrung bürgerschaftlichem Engagements | Winterfeier der SPD Haßmersheim | Eine Herausforderung - nicht nur die der Jugend



1. Jahrgang
Nr. 1 / 2011

Warum „Der rote Lotse“?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

schon seit längerem beschäftigt sich der SPD Ortsverein mit dem Thema, eine eigene Zeitung herauszubringen. Hintergrund ist, dass die öffentlichen Medien, wie das Ortsnachrichtenblatt, Berichte von politischen Gruppierungen nicht mehr oder wenn überhaupt nur sehr eingeschränkt abdrucken. Für Parteien dient das Ortsblatt also nur noch als Ankündigungsblatt.

Diese Tendenzen stellen wir auch in anderen Ortschaften fest. Ist dies ein Deal zwischen Gemeindeverwaltungen und dem Verlag?

Ob dies mit unserem Grundgesetz Artikel Nr. 5 u.18 noch vereinbar ist, darf jedenfalls bezweifelt werden (siehe Grundgesetzartikel im Kasten).

Auch die Berichterstattung der Gemeindeverwaltung aus öffentlichen Sitzungen zeigt aus unserer Sicht nicht immer den Verlauf der Sitzung auf. Dies wird auch von vielen Mitgliedern und Mitbürgern kritisiert. Oft ist die Urheberschaft von Anträgen und Initiativen nicht (außer es ist negativ) richtig erkennbar.

Seit dem letzten Jahr wurden z.B. die Haushaltsreden der Fraktionen nicht mehr im Ortsnachrichtenblatt abgedruckt und auch nicht auf der Internetseite veröffentlicht. Somit bekommen die Bürger nicht einmal die Haltung der einzelnen Fraktionen mit.

Dann kommt natürlich immer wieder die große Diskussion auf, dass Parteipolitik im Gemeinderat nichts zu suchen hätte. Stimmt, ich kann mich in meiner über 20-jährigen politischen Arbeit bis jetzt auch nicht erinnern, dass die Baugesuche oder sonstige Vorlagen erst zu den Parteien und dann in den Gemeinderat kamen.

Ca. 95% aller Abstimmungen sind einstimmig oder mit großer Mehrheit gefällt worden. Und oft gehen die Mehrheiten dann auch kreuz und quer durch alle Fraktionen im Gremium. Politische Vertreter haben aber den Vorteil, dass sie - wenn sie ihre Arbeit ernst nehmen - oft näher bei den politischen Mandatsträgern im Kreis, Land, Bund und Europa dran sind. Daher können sie sich besser zum Wohle der Gemeinde sowie der Bürgerinnen und Bürger einsetzen (auch hier ein Verweis auf einen Artikel im Grundgesetz).

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

meine Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und in der Gemeinderatsfraktion haben ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger immer Ernst genommen. Sie erwarten transparente Arbeit und Entscheidungen. Und Sie erwarten, dass man nicht nur alle fünf Jahre vor den Gemeinderatswahlen präsent ist. Darum sind wir der Meinung, dass Sie auch von den Initiativen und Anträgen erfahren sollten und freuen uns über Ihre Meinung.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Freude bei der ersten Ausgabe des roten Lotsen!

Ihr Karlheinz Graner
1.Vorsitzender



Gastbeitrag von MdL Georg Nelius

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Bürgerinnen und Bürger von
Haßmersheim, Hochhausen und Neckarmühlbach,

seit mehr als 50 Jahren regiert in Baden-Württemberg die CDU. Doch wenige Wochen vor der Landtagswahl wackeln die bisher als stets sicher geglaubten Mehrheiten. Mehrere Umfragen bestätigen den Trend, dass Rot-Grün in der Wählergunst vor dem amtierenden Bündnis aus CDU und FDP liegt. Es zeigt sich, dass die Landesregierung an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Das G8 – Politik gegen den Willen der Bürger

Für viel Diskussionsstoff sorgt immer noch die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien von neun auf acht Jahre. Das so genannte „G8“ soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs stärken. Dabei wurde allerdings vergessen, dass junge Menschen ganz eigene Bedürfnisse haben, denen ausreichend Freiraum gewährt werden muss. Die gleiche Qualität vor früher 13 Jahren Schulzeit in nur jetzt zwölf Jahren zu absolvieren, überfordert Kinder, Eltern und Lehrer gleichermaßen. Daher haben sich in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS Infratest-Sozialforschung fünf Jahre nach Einführung des G8 über 70 % der Bürgerinnen und Bürger gegen die Verkürzung der Schulzeit ausgesprochen. Die Landesregierung hat dies jedoch wenig interessiert – und so wird weiterhin Politik gegen den Willen der Menschen in unserem Bundesland betrieben.

Auch ein Vorstoß des Auguste-Pattberg-Gymnasiums (APG) in Mosbach, ein Wahlrecht der Eltern und einen flexiblen Übergang zwischen einem neunjährigem und einem achtjährigem Klassenzug einzuführen, wurde vom damaligen Kultusminister Helmut Rau (CDU) ohne nähere Kenntnis des Konzeptes abgelehnt. Der Vorschlag des APG, das so genannte „G8 plus“, wurde von mir und der SPD-Landtagsfraktion begrüßt. Das „G8 plus“ war von Eltern und Lehrern entwickelt worden, denen die täglichen schulischen Belastungen und die mangelnde Freizeit ihrer Kinder und Schüler bewusst waren. Mit einem derartigen Modell wäre nicht nur den Jüngsten in unserer Gesellschaft besser Rechnung getragen, sondern auch ein durch bürgerschaftliches Engagement entwickeltes Konzept nicht einfach übergangen worden.



Nils Schmid, SPD Spitzenkandidat und Georg Nelius MdL, Kandidat für den NDR

Werkrealschule neuen Typs – sterben die Schulen im ländlichen Raum?

Die Hauptschule erweist sich weiterhin als das Sorgenkind der baden-württembergischen Bildungspolitik. Dem wollte die CDU/FDP-Landesregierung mit der Einführung der Werkrealschule „neuen Typs“ als einem vierten weiterführenden Schultyp entgegenwirken. Vergessen darf man dabei nicht, dass es schon seit vielen Jahren Hauptschulen mit Werkrealschulzug gibt, die unter bestimmten Voraussetzungen auch fortgeführt werden dürfen.

Jetzt gilt, dass nur mindestens zweizügige Hauptschulen in eine Werkrealschule „neuen Typs“ umgewandelt werden können. Die 1-zügigen Hauptschulstandorte werden dadurch weiter abgehängt. Zudem muss für die Versetzung in die 10. Klasse der „neuen“ Werkrealschule ein Notendurchschnitt von 3,0 erreicht werden. Einen solchen „numerus clausus“ für den Übergang von einer auf die andere Klasse gibt es sonst auf keiner anderen Schulform.

Die „neue“ Werkrealschule ändert nichts an den Problemen des 3-gliedrigen Schulsystems. Die Schülerzahl an Haupt- und Werkrealschulen wird in den nächsten Jahren weiter sinken. Auch die Werkrealschule in Haßmersheim wird davon betroffen sein.

Die SPD im Land möchte möglichst viele Standorte erhalten. Mit einem Konzept des längeren gemeinsamen Lernens, mindestens bis zum Ende der Orientierungsstufe, kann dies erreicht werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Werkrealschule neuen Typs entwickelt und ob die Landesregierung nicht bald eine Reform der Reform vornimmt.

Radweg Haßmersheim-Neckarmühlbach

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Thema, das die Haßmersheimer Kommunalpolitik schon seit vielen Jahren beschäftigt, ist der Ausbau des Neckar-Radweges von Haßmersheim nach Neckarmühlbach.

Auch wenn mein Landtagskollege Peter Hauk (CDU) glaubt, dass die Verwirklichung dieses Projekts daran scheitert, weil es noch nicht planfestgestellt sei (RNZ-Bericht vom 22.04.2010), irrt er sich hier gewaltig, denn der Planfeststellungsbeschluss ist seit dem 26. Juni 2009 rechtsbeständig. Vielmehr hat das Innenministerium in Absprache mit dem Regierungspräsidium diesen Radweg in der Prioritätenliste weit nach unten gesetzt.

Dies zu korrigieren muss das Ziel der Landespolitik sein. Ich werde mich weiterhin darum bemühen.

Es grüßt Sie herzlich

Georg Nelius



Artikel 5

(1)Jeder hat das recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 21

(1)Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft abgeben.